

Was bedeutet „Nachholende Integration“ für die Arbeit der Jugendmigrationsdienste?

Lena Khuen-Belasi, Jugendmigrationsdienst Karlsruhe

Die Zahl der Neuzuwanderer hat sich seit 2005, dem Eintritt der Geltung des Zuwanderungsgesetzes, erwartungsgemäß reduziert. Während in Ballungsräumen immer noch „ausreichende“ Zahlen von Zuwanderern durch Familiennachzug und Arbeitsmigration vorliegen, kann es im ländlichen Raum vorkommen, dass die Zuwanderung abnimmt bis stagniert.

Jugendmigrationsdienste wie Migrationsberatungsdienste für Erwachsene haben trotzdem weiter alle Hände voll zu tun, wenn sie sich den Anforderungen zuwenden, die aus der Notwendigkeit „nachholender Integrationspolitik“ entstehen.

„Nachholende Integrationspolitik“ ist ein Begriff, den der Migrationsforscher Klaus Bade¹ eingeführt hat. Er spricht von präventiver, begleitender und nachholender Integrationspolitik.

„Präventive Integrationspolitik“ ist z. B. die Forderung an ausländische Familienangehörige, vor der Einreise im Herkunftsland die Sprachprüfung A 1 erfolgreich abzulegen – es handelt sich zwar nicht um Förderung der Personen, die einreisen wollen, sondern um die Absicht, die Kosten für diese zu reduzieren. Aber auch das ist natürlich Politik.

„Begleitende Integrationspolitik“ ist z. B. das Angebot oder die Verpflichtung zum Besuch von Integrationskursen für Neuzuwanderer.

Wenn so genannte Altzuwanderer hingegen Integrationskurse besuchen, handelt es sich um ein begleitendes Förderangebot „nachholender Integrationspolitik“, der nach Bade heute wichtigsten Säule der Integrationspolitik in Deutschland. Sie wurde im Rahmen des Zuwanderungsgesetzes nur indirekt vorgesehen, mit Restmitteln für

¹ Klaus J. Bade, Hans-Georg Hiesserich (Hg.): Nachholende Integrationspolitik und Gestaltungsperspektiven der Integrationspraxis. Beiträge der Akademie für Migration und Integration Heft 11. Göttingen 2007.

Integrationskurse, falls von der „Erstintegration“ Mittel übrig bleiben. Dies war nach Bades Auffassung ein gesetzgeberischer Denkfehler, denn die Zahl der „Bestandsausländer“ und auch der eingebürgerten Menschen mit Migrationshintergrund übersteigt die weiter schrumpfende Zahl der Neuzuwanderer um ein Vielfaches. Klaus Bade zitiert Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble: „...Unser Problem ist die Integration derjenigen, die selbst oder deren Eltern und Großeltern vor Jahrzehnten zu uns gekommen sind. ...Deswegen hängt die erfolgreiche Integration letzten Endes davon ab, wie es uns gelingt, die Kinder und Enkel von früheren Zuwanderern besser zu integrieren. Und da gibt es Versäumnisse, das kann beim besten Willen nicht bestritten werden.“²

Nachholende Integrationspolitik ist eine Querschnittsaufgabe, mit dem Ziel, den Betroffenen Chancen gleichberechtigter Teilhabe an allen gesellschaftlichen Bereichen zu eröffnen³. Sie befasst sich mit den Versäumnissen der vergangenen Jahrzehnte und umfasst die Bereiche sprachliche Integration, familiäre und schulische Erziehung und Bildung, Integration in Ausbildung und Arbeitsmarkt sowie soziale und kulturelle Integration bis hin zum Einleben in die Grundwerte der Rechtskultur.

Nachholende Integrationsförderung muss für Menschen mit Migrationshintergrund konzeptionell differenziert werden und ist nicht als einseitige Bevorzugung einer Gruppe unter sozial Benachteiligten zu verstehen. „...es geht hier um in einem sich lange verweigernden Einwanderungsland entstandene Probleme von Einwanderern, die von Menschen ohne Migrationshintergrund so nicht reklamiert werden können...klar ist..., dass das Zusammenwirken von Einwanderungsproblemen und sozialen Problemen eine Doppelbelastung darstellt, die Anlass sein sollte, hier sofort und nachhaltig zu intervenieren, ohne dabei durchaus ähnlich hilfsbedürftige Menschen ohne Migrationshintergrund zu übersehen, für die die entsprechenden Programme aber zum Teil deutlich anders zugeschnitten sein müssen.“⁴

Das Nachholen von Versäumnissen wird immer dringlicher: Im weltweiten Wettbewerb um ausgebildete Hände und Köpfe von Facharbeitern und

² Ebenda, S. 73

³ Ebenda, S. 76

⁴ Ebenda, S. 73 f.

Ingenieurinnen steht Deutschland nicht so toll da. Überproportional viele Menschen mit Migrationshintergrund sind Verlierer bei den Schulabschlüsse und / oder haben keinen Berufsabschluss. Schlechtere Ausgangsvoraussetzungen bedeuten schlechteren Zugang zu Ausbildung und Arbeit und somit zur Teilhabe an fast allem, mit der Tendenz zur „Vererbung der sozialen Startnachteile auf den Ebenen von Erziehung, Bildung, Ausbildung und Erwerbsbeteiligung“⁵.

Menschen ohne Perspektiven an Teilhabe sind und werden ausgegrenzt. Das hat Folgen. Bade beschreibt als einen Indikator für gescheiterte Integrationsprozesse den von Fachleuten genannten hohen Anteil von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund unter jugendlichen Intensivtätern. Wir können das für unsere Region bestätigen: Als ich mit meinem Kollegen, dem Streetworker Andrey Afanasyev, im Frühjahr diesen Jahres den zuständigen Polizeikommissar in der Polizeidirektion Karlsruhe aufsuchte, sprach auch dieser vom extrem hohen Anteil von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund unter den Intensivtätern in der Region Karlsruhe.

Während für länger und lange hier lebende Migranten Förderangebote nötig sind, um einen versäumten oder stecken gebliebenen Integrationsprozess in Gang zu setzen, sind parallel verspätete Lernprozesse bei der Mehrheitsgesellschaft erforderlich: um die Akzeptanzbereitschaft für die zugewanderten Mitbürger und deren Nachkommen zu wecken und zu fördern, sind regelrechte PR-Kampagnen nötig. Schließlich muss eine gezielte Werbung für Maßnahmen nachholender Integrationspolitik erfolgen.

Bade nennt folgende Erfolgsfaktoren für nachholende Integrationspolitik:

1. Eine umfassende, durch unabhängige Experten beratene und begleitete, kontinuierlich fortgeschriebene Bedarfsanalyse.
2. Die Einbeziehung bereits bewährter Konzepte von Trägern mit Sachkenntnis und Praxiserfahrung, ergänzt von ehrenamtlichen „Integrationslotsen“, „Bildungspaten“, möglichst Migranten mit Vorbildfunktion. Die Kommunen sind gefragt als „Moderatoren der Integration“, die zwischen eigenen

⁵ Ebenda, S. 81

Integrationskonzepten, Trägern und Ehrenamtlichen Brücken zu schlagen haben.

3. Eine Nachqualifizierung des Personals in Ausländerbehörden und Verwaltung in Sachen Integration sowie eine Entwicklung von Studiengängen für Integrationsförderung.
4. Die angemessene Gestaltung von vorschulischer und schulischer Bildung, insbesondere die gezielte Förderung der Leistungschancen sozial benachteiligter Schüler aus zugewanderten Familien.
5. Ausbildungsplätze und berufliche Nachqualifizierung zur Verfügung stellen, interkulturelle Kompetenzen anerkennen und stärken: Das BIBB hat 2007 ermittelt: „Selbst bei gleichen schulischen Voraussetzungen haben ausländische Bewerber und Bewerberinnen deutlich schlechtere Chancen als deutsche.“⁶ Abgesunken ist auch der Anteil der Auszubildenden unter den ausländischen Jugendlichen. Bade zitiert den BIBB-Präsidenten Manfred Kremer: „Diese Zahlen belegen, dass die Chancen auf eine qualifizierte Berufsausbildung für Jugendliche mit Migrationshintergrund deutlich verbessert werden müssen. Es gilt zum Beispiel, zielgruppendifferenziert ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen, für junge Erwachsene ohne Berufsabschluss eine Nachqualifizierung zu ermöglichen und die Anerkennung und Nutzung von interkulturellen Kompetenzen zu stärken.“⁷
6. Brückenschläge zwischen Schule-Ausbildung, Schule-Hochschulen unter Einbeziehung von Stiftungen wie Hertie, Robert Bosch, Vodafone, Mercator, Freudenberg – diese rief in ihrer „Weinheimer Initiative 2007“ zur Bildung „lokaler Verantwortungsgemeinschaften für Bildung und Ausbildung“ auf.

Wo können wir Jugendmigrationsdienste ansetzen? Insbesondere bei den Punkten 4. und 5. Einige Beispiele aus dem Jugendmigrationsdienst Karlsruhe zur Anregung:

A. Sprachförderung und Bildung:

- Eine über ein bis zwei Jahre fortlaufende individuelle außerschulische Sprachförderung in Kleingruppen, in enger Kooperation mit den Schulen, kann Migrantenschülern bessere Bildungsabschlüsse

⁶ Ebenda, S.89

⁷ Ebenda, S. 90

ermöglichen. Das Projekt zur Förderung von Quereinsteigern des JMD Karlsruhe wird von einer Lehrerin mit DaF- Kompetenz, eigenem Migrationshintergrund und Fortbildung zur interkulturellen Trainerin geleitet. Sie erteilt selbst Unterricht und leitet PH-Studenten und Lehrerinnen an. 16 Gruppen an sechs Schulen jährlich fördern im Schnitt 120 Schüler, von denen 20 % den Übergang in die Realschule, Berufsfachschule oder ins Gymnasium schaffen. Nach 5 Jahren Förderung aus ESF-, Landes- und kommunalen Mitteln hat die Stadt Karlsruhe seit 2006 die Finanzierung dieser Arbeit übernommen.

- Seit November 2008 haben wir diese Arbeit mit Hilfe des Europäischen Integrationsfonds (EIF) ausgeweitet. Dieser fördert so genannte Angehörige von Drittstaaten (Nicht-EU-Bürger, Nicht-Deutsche, also auch keine Spätaussiedler) und wird vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge verwaltet, Förderbedingungen auf www.bamf.bund.de . Diese Arbeit führt und organisiert eine Kollegin mit Magister in Pädagogik und Slavistik sowie DaF-Qualifikation, die im Quereinsteigerprojekt vier Jahre Erfahrungen gesammelt hat.
- Der EIF ermöglicht uns im Rahmen dieses Projekts „Ausbau von Integrationsangeboten“ auch Sprachförderung für junge erwachsene Drittstaatler, die bereits einen (Jugend)Integrationskurs besucht haben und zur B2 Prüfung bzw. zum Niveau C 1 geführt werden.
- Jugendintegrationskurse mit 900 Stunden Deutsch und 45 Stunden Orientierungswissen führen wir als einzige Anbieter in der Region Karlsruhe Im Auftrag des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge durch, derzeit 4 Kurse im Jahr mit 10 – 16 Teilnehmern.
- Dank Projektmitteln zur Integration junger Ausländer und Aussiedler des Innenministeriums Baden-Württemberg und Kofinanzierung der Stadt Karlsruhe leisten wir Einzelförderung von Schülern mit speziellem Integrationsbedarf. Ebenfalls aus diesen Mitteln fördern wir Schüler der Problemgruppe, die in der PISA-Studie beschrieben ist, im Projekt

„Lesen macht schlau“ an der Karlsruher Gutenbergschule. Am 21. November 2009 werden wir einen Workshop mit Dorothee Gaile durchführen, die von der Körber-Stiftung dafür ausgezeichnet worden ist, dass sie einen in Kalifornien entwickelten Ansatz zur Förderung der Lesekompetenz benachteiligter Schüler in Deutschland importiert hat. Das Konzept ist ins Deutsche übersetzt und von Dorothee Gaile unter dem Titel „Lesen macht schlau“ im Cornelsen Verlag veröffentlicht worden. Wie gewinnt man eine Schule für diesen Ansatz, lautet die Fragestellung.

- Der Jugendmigrationsdienst hat an der Entwicklung der Karlsruher Leitlinien zur Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen mitgearbeitet, die 2008 im Karlsruher Gemeinderat verabschiedet worden sind. Zum Thema Sprache und Bildung haben wir uns oft geäußert und auf die Bedeutung einer gezielten Bildungsberatung für Migrantenschüler und ihre Eltern hingewiesen. Wir haben einen Projektantrag formuliert und mit ihm alle Gemeinderatsfraktionen aufgesucht, die schließlich alle für ihn gestimmt haben. Ab dem zweiten Halbjahr 2009 fördert die Stadt Karlsruhe, zunächst auf anderthalb Jahre befristet, unser Projekt „Bildungsberatung für Migranten-Schüler und deren Eltern“. Wir steigen damit in die individuelle Förderung in Kleingruppen von Migranten-Schülern an Grundschulen ein und unterstützen Schulen darin, auch Eltern zu erreichen, die bisher keine Elternabende besuchen und Eltern über die Bildungsperspektiven ihrer Kinder sowie Lehrer über Herkunftsländer ihrer Schüler informieren. Diese Arbeit leistet eine Sozialarbeiterin mit Zusatzstudium in Interkultureller Pädagogik, die drei Jahre Deutsch an einer türkischen Grundschule in Istanbul unterrichtet hat und Türkisch spricht.

B. Integration in Ausbildung und Arbeit:

- Gefördert aus ESF-Mitteln, hatten wir vom 01. 07. 2006 bis 31. 12. 2007 das Projekt „Sprache, Bildung und Beruf durchgeführt: Gezielter Sprachunterricht in kleinen Gruppen, Unterricht in EDV, Mathematik und Gemeinschaftskunde, Bewerbungstraining, berufliche Orientierung sowie sozialpädagogisch betreute

Praktika. 61% der 60 Teilnehmerinnen und Teilnehmer konnten wir in Ausbildung, Arbeit, EQJ-Praktika, Sonderlehrgänge und andere Maßnahmen vermitteln. Als Kofinanzierung konnten die ALG-Beiträge samt Sozialversicherungsanteile eingerechnet werden.

- Diese Art von Förderung wird leider wieder nötig – derzeit fördert die Agentur für Arbeit keine Integrationsmaßnahmen für junge Migranten unter 25 mehr und auch keine berufsvorbereitenden Lehrgänge speziell für Migranten, die beide als erfolgreiche Regelförderung das ESF-Projekt in Karlsruhe abgelöst hatten. Aufgrund formaler juristischer Aspekte wurde der Agentur und den ARGEN die Durchführung spezieller Integrationsmaßnahmen für junge Migranten untersagt, ohne dass sich gleichzeitig jemand in der Arbeitsagentur damit beschäftigt hätte, wie denn gezielte Maßnahmen für diesen Personenkreis künftig gewährleistet werden.
- Wer einen Integrationskurs absolviert hat oder nach dem Berufsvorbereitungsjahr noch nicht ausreichend Deutsch kann, um in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt vermittelt zu werden, wird seit 2008 von der Arbeitsagentur / ARGE in Sprachkurse mit berufsorientierenden Anteilen geschickt, die aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds gefördert und im Auftrag des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge durchgeführt werden. Diese Art von Kursen wurde „am grünen Tisch“ ohne Einbeziehung von Praktikern konzipiert. Die jungen Migranten sitzen mit 20 Leuten aller Alters-, Bildungs- und Sprachkenntnisstufen sechs Monate in einem Kurs, davon verbringen sie einen Monat in einem Praktikum, das mit ihren Berufswünschen eventuell gar nichts zu tun hat. Für die sozialpädagogische Begleitung, zu der die Suche nach Praktika gehört, gibt es pro Teilnehmer und Kurs ganze zwei Stunden. Mit einer solchen Ausstattung können junge Migranten weder die nötige Sprachkompetenz noch die berufliche Orientierung und Ausbildungsreife erwerben. Wenn sie nach einem solchen Kurs wegen fehlender Voraussetzungen berufsvorbereitende Maßnahmen der Arbeitsagentur besuchen müssen, erhalten sie dort zu wenig gezielte Sprachförderung, um auf die Anforderungen der Berufsschule vorbereitet zu werden und erhalten auch nicht die auf sie zuzuschneidenden nötigen

Kenntnisse über Anforderungen der Ausbildung und Arbeitswelt in Deutschland.

C. Niederschwellige Angebote

- Beispiel Streetwork: Seit 2002 hat der Jugendmigrationsdienst im Landkreis Karlsruhe Straßensozialarbeit mit jungen Aussiedlern und Ausländern angeboten. Zwei Mal drei Jahre war es ein Integrationsprojekt, das vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gefördert worden ist. Seit 1. August 2009 hat der Landkreis Karlsruhe die Förderung übernommen. Ein Streetworker aus Russland ist Vorbild, Bezugsperson, Anlauf- und Vermittlungsstelle. In ausgewählten Kommunen sucht er die Jugendlichen an ihren Treffpunkten auf, lernt sie kennen, baut Beziehungen auf, stellt den Integrationsbedarf fest und baut in Zusammenarbeit mit Netzwerken passende Angebote auf.
- Beispiel Interkulturelle Theaterarbeit: Die russische Theaterregisseurin und –pädagogin Anzhelika Torgashina (Lozanovski) hat nach 5 bundesweiten Gastspielen ihrer Kinder- und Jugendgruppe aus Saratov von 1999 bis 2009 jährlich Theaterstücke mit zugewanderten und einheimischen Jugendlichen erarbeitet, einstudiert und vor jeweils 500 Zuschauern aufgeführt. Die Jugendlichen erhielten ein intensives körperorientiertes Training, die von ihnen eingebrachten Themen wurden diskutiert, in Szenen und Texten bearbeitet und von der Regisseurin in einen Plot umgesetzt. Zusätzlich arbeitete die Regisseurin mit Kindern einer Grundschule, die auch in die Theaterproduktionen für den Jugendmigrationsdienst eingebunden wurden.

Wie sagte Klaus Bade? „Integration ist kein Projekt.“⁸ – Integration ist eine dauerhafte Aufgabe für Politik und Gesellschaft in Deutschland, um den Wirtschaftsstandort und den sozialen Frieden zu erhalten.

⁸ Ebenda, S. 17

Referat vom 21. Oktober 2009 in Karlsruhe für den Arbeitskreis der
Jugendmigrationsdienste in der Landesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit
Baden-Württemberg

Korrespondenzadresse:

IB-Jugendmigrationsdienst, Werderstr.57, 76137 Karlsruhe

Tel.: 0721 – 37 80 55, Fax: 0721 – 35 94 47 [Lena.Khuen-Belasi@internationaler-
bund.de](mailto:Lena.Khuen-Belasi@internationaler-bund.de)